

DIE ROLLE DER ORGANISATION COMMUNE AFRICAINE ET MALGACHE

Zur OCAM-Konferenz in Niamey

Für einige Tage stand Niamey, die weitläufige Hauptstadt am Mittellauf des Niger, im Brennpunkt des Geschehens in Afrika. Nacheinander fanden hier im Januar die Konferenz der achtzehn der EWG assoziierten Staaten Afrikas (12./13.), die Außenministerkonferenz der Organisation Commune Africaine et Malgache (OCAM, 15. bis 19.)¹ sowie die Staatschefkonferenzen des Rates der Entente (20./21)² und der OCAM (22./23.) statt. Die Wahl des Tagungsortes und der Verlauf der Konferenzen waren ein persönlicher Erfolg für Gastgeber Diori Hamani, den rührigen Staatspräsidenten Nigers, der zugleich auch der erste amtierende Präsident der OCAM ist.

In seiner Amtszeit war es gelungen, die OCAM als zwischenstaatliche Organisation zur Förderung der Zusammenarbeit fest im afrikanischen politischen Kräftespiel zu verankern. Um die Bedeutung dieser Tatsache richtig zu würdigen, sei zunächst an die bewegte Vorgeschichte dieser Organisation erinnert. Die OCAM ist immerhin der vierte Versuch der frankophonen Staaten Afrikas, ihre Zusammenarbeit institutionell zu organisieren. Bereits 1961 waren in Gestalt der Organisation Africaine et Malgache de Coopération Economique (OAMCE) und der Union Africaine et Malgache (UAM) nacheinander besondere Organisationen für die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit gegründet worden³. Im gleichen Rahmen entstanden 1961 und 1962 Sonderorganisationen wie die Union Africaine et Malgache de Défense, die Air Afrique, die Union Africaine et Malgache des Postes et Télécommunications (UAMPT), die Union Africaine et Malgache de Banques pour le Développement und die Organisation Africaine et Malgache de la Propriété Industrielle (OAMPI) sowie die Organisation Africaine et Malgache du Café (OAMCAF). Ihre Tätigkeit wurde durch die Tatsache begünstigt, daß die damaligen Mitgliedstaaten ohne Ausnahme dem französischen Kolonialreich angehört hatten und somit über relativ einheitlich geprägte Institutionen verfügten. Diese gemeinsame Bindung an einen Kolonialraum erwies sich politisch aber auch als ein gewisser Nachteil. Das zeigte sich insbesondere nach Gründung der alle unabhängigen Staaten Afrikas mit Ausnahme der Südafrikanischen Republik umfassenden Organisation der Afrikanischen Einheit im Jahre 1963. Um die Kritik an der engen Zusammenarbeit mit Frankreich zu entkräften und um ihren Willen, sich der umfassenderen Institution der neuen gesamtafrikanischen Organisation einzufügen, zu demonstrieren, sahen sich die vierzehn frankophonen Staaten veranlaßt, auf eine organisierte politische Zusammenarbeit zu verzichten. Dementsprechend wurde im März 1964 beschlossen, die UAM aufzulösen. Auch die OAMCE wurde aufgegeben und mit Wirkung vom Juli des gleichen Jahres durch die Union Africaine et Malgache de Coopération Economique (UAMCE) ersetzt. Aufgabe dieser neuen Organisation war die Förderung der wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten und ihrer gemeinsamen Sonderorganisationen. Damit hatten die französischgeprägten Staaten, denen

¹ Mitgliedstaaten: Dahomey, Elfenbeinküste, Gabun, Kamerun, Kongo-Brazzaville, Kongo-Kinshasa, Madagaskar, Niger, Obervolta, Ruanda, Senegal, Togo, Tschad, Zentralafrikanische Republik (ZAR).

² Mitgliedstaaten: Dahomey, Elfenbeinküste, Niger, Obervolta, Togo.

³ Nähere Einzelheiten vgl. Hanspeter F. Strauch: Panafrika. Kontinentale Weltmacht im Werden? Anfänge, Wachstum und Zukunft der afrikanischen Einigungsbestrebungen. Zürich, 1964, S. 109 ff.

sich 1963 auch Ruanda angeschlossen hatte, ihre Absicht bekundet, sich politisch der kontinentalen Organisation der Afrikanischen Einheit zu integrieren, gleichzeitig aber die enge wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit im Rahmen der UAMCE fortzusetzen.

Diese Reorganisationsmaßnahmen wurden nicht nur in Anpassung an die durch die Organisation der Afrikanischen Einheit geschaffene neue Lage getroffen. Sie entsprachen auch dem Wandel, der inzwischen innerhalb der Gruppe der Vierzehn eingetreten war. Umstürze bzw. Umsturzversuche in mehreren Mitgliedstaaten hatten die Zusammenarbeit zum Teil harten Belastungsproben ausgesetzt. Dazu kamen vor allem im westafrikanischen Raum grundlegende Strukturveränderungen. Während Senegal auf Grund seiner ungünstigen geographischen Lage mehr und mehr von seiner früheren Vorortstellung im französischen Westafrika einbüßte, gewann die Elfenbeinküste vor allem dank ihres raschen wirtschaftlichen Wachstums ständig an Einfluß. Rege war daher die senegalesische Regierung um die Erschließung neuer afrikanischer Absatzmärkte und um die Wiederherstellung engerer Beziehungen zu Nachbarländern wie Guinea und Mali bemüht. Gerade diese beiden Staaten hatten sich an der Zusammenarbeit der anderen frankophonen Staaten nicht beteiligt, sondern gehörten als Verfechter einer radikal antikolonialistischen Politik zu den schärfsten Kritikern der UAM, in der sie ein „Instrument des Neokolonialismus“ sahen. Das war ein Grund mehr für Senegal, sich stärker als andere Mitgliedstaaten für die Entpolitisierung und Umwandlung der afrikanisch-madegassischen Organisationen einzusetzen.

Die Elfenbeinküste und die ihr im Rat der Entente eng verbundenen Staaten Niger und Obervolta vertraten dagegen genau den entgegengesetzten Standpunkt. So erklärte damals einer der maßgebenden Politiker der Elfenbeinküste, daß zwischen den französischgeprägten Staaten Afrikas nur die politischen Bindungen von Bedeutung seien⁴. In seinen Augen war daher der Verzicht auf die politische Zusammenarbeit ein schwerwiegender Fehler gewesen. Auch Madagaskar hätte die Beibehaltung der UAM vorgezogen, während das revolutionäre Regime Kongo-Brazzavilles diese politische Organisation strikt ablehnte und andere Staaten wie vor allem Ruanda eine abwartende Haltung einnahmen.

Damit stand die UAMCE von Anfang an unter einem ungünstigen Stern. Die Charta der Organisation konnte nicht verabschiedet werden, da die Elfenbeinküste, Obervolta und Niger sowie die Zentralafrikanische Republik auf den entscheidenden Beratungen nicht vertreten waren. Die für das Jahresende vorgesehene Staatschefkonferenz mußte auf Februar 1965 verschoben werden. Inzwischen hatten sich aber die Voraussetzungen, die zur Gründung der UAMCE geführt hatten, schon wieder gewandelt. Die Krise Kongo-Kinshasas ließ die politischen Gegensätze zwischen den afrikanischen Staaten, die eine Zeitlang überbrückt werden konnten, von neuem offen zutage treten. Sie erwiesen sich als so stark, daß die Organisation der Afrikanischen Einheit ihre Vermittlungsfunktion nicht erfüllen konnte. Andererseits wurden in Niger Ende 1964 Attentats- und Umsturzversuche durch Kräfte unternommen, die mit ziemlicher Sicherheit von Ghana beeinflusst und unterstützt worden waren. Damit hatte ein afrikanischer Staat offenkundig gegen grundlegende Bestimmungen der Charta der Organisation der Afrikanischen Einheit, die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und die Verurteilung jeglicher subversiver Tätigkeit in Nachbarstaaten (vgl. Art. 3,

⁴ Marchés Tropicaux et Méditerranéens Nr. 970, Paris, 13. 6. 1964, S. 1505.

Absatz 2 und 5)⁵, verstoßen. Vor aller Welt war erkennbar geworden, daß die Organisation der Afrikanischen Einheit als politisches Instrument nur beschränkte Wirksamkeit besaß.

Unter diesen Umständen gelang es Houphouët-Boigny, dem Staatspräsidenten der Elfenbeinküste, auf der ersten Gipfelkonferenz der UAMCE im Februar 1965, seine Partner davon zu überzeugen, daß diese neue afrikanisch-madegassische Organisation in ihrer Konstruktion schon wieder überholt sei. Unterstützt durch die Präsidenten Nigers und Obervoltas sowie Gabuns und Togos setzte er die Gründung einer neuen Organisation durch, der auch wieder bestimmte politische Funktionen übertragen werden sollten. Da insbesondere von Kamerun, Kongo-Brazzaville, Mauretanien und Senegal Bedenken gegen eine Reaktivierung der UAM vorgetragen wurden, einigte man sich auf die durch den Präsidenten Madagaskars vorgeschlagene Kompromißformel, die UAMCE durch die Organisation Commune Africaine et Malgache (OCAM) zu ersetzen. Die Kontinuität der afrikanisch-madegassischen Organisationen blieb dadurch gewahrt, daß die OCAM nicht nur den Sitz der UAMCE in Yaoundé (bis 1964 Sitz der OAMCE), sondern auch den senegalesischen Generalsekretär Diakha Dieng übernahm.

Auch beim vierten Anlauf vermochten die frankophonen Staaten nicht, sich kurzfristig über die Charta ihrer gemeinsamen Organisation zu einigen. Über ein Jahr zogen sich die Verhandlungen hin. Wiederum ergaben sich wichtige Veränderungen. Zunächst setzte Staatspräsident Houphouët-Boigny die diplomatische Offensive gegen die von Ghana und anderen afrikanischen Staaten vertretenen revolutionären Bestrebungen fort. Einen der Höhepunkte bildete die Ende Mai 1965 einberufene außerordentliche Konferenz der OCAM. Wichtigste Entscheidung dieses Treffens war die formelle Aufnahme des durch Ministerpräsident Moïse Tschombe vertretenen Kongo-Kinshasa. Sie unterwarf die OCAM einer harten Belastungsprobe, die aber lediglich den Austritt Mauretaniens zur Folge hatte, das sich immer stärker den arabischgeprägten Staaten Afrikas zuzuwenden begann. Eine neue Putschwelle, die mehrere Mitgliedstaaten überrollte, führte zur Vertagung der ursprünglich für Januar 1966 vorgesehenen Staatschefkonferenz auf Juni des gleichen Jahres. Dadurch war genügend Zeit gewonnen, um die letzten Unstimmigkeiten über die Charta, die sich vor allem auf die Definition der außenpolitischen Kompetenzen erstreckten, zu überwinden. So konnte die Charta der OCAM am 27. Juni 1966 von zwölf Staatschefs sowie den Vertretern Kongo-Kinshasas und Ruandas in Tananarive unterzeichnet werden.

Darin ist als oberstes Ziel der OCAM die Zusammenarbeit und Solidarität aller Mitgliedstaaten im Geiste der Organisation der Afrikanischen Einheit festgelegt (Art. 2)⁶. Sie soll der Förderung der wirtschaftlichen, sozialen, technischen und kulturellen Entwicklung dienen und zur Koordinierung der Entwicklungsprogramme beitragen. Während in der ursprünglichen Fassung eine Abstimmung der Außenpolitik vorgesehen war, wird mit Rücksicht auf den Einspruch Kongo-Brazzavilles in der Charta nur noch von Konsultationen in außenpolitischen Angelegenheiten gesprochen, die unter Respektierung der Souveränität und der Grundsatzentscheidungen („options fondamentales“) jedes Mitgliedstaates gefördert werden sollen (Art. 3). Nachdrücklich wurde damit noch einmal der zwischenstaatliche Charakter dieser Organisation hervorgehoben, die zumindest prinzipiell anderen afrikanischen Staaten zum Beitritt offensteht (Art. 1). Oberstes Organ

⁵ Strauch, S. 359.

⁶ Nations Nouvelles, Revue de l'OCAM. Nouvelle Série Nr. 9, Yaoundé, Sept. 1966, S. 4 ff.

der OCAM ist die Konferenz der Staats- und Regierungschefs, die wie der aus den Außenministern bestehende Ministerrat einmal im Jahr zur ordentlichen Sitzung zusammentritt (Art. 4 ff.). Als ständiges administratives Organ fungiert das Generalsekretariat in Yaoundé, dem auch die Aufsicht über die gemeinsamen Institutionen, darunter insbesondere die Air Afrique und die Union Africaine et Malgache des Postes et de Télécommunications, übertragen ist (Art. 17).

Nach der Unterzeichnung der Charta wurden außerdem wichtige Beschlüsse über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit getroffen. Einstimmig billigte man das Abkommen über die Bildung eines gemeinsamen Zuckermarktes. Hierdurch hoffte man, nachteilige Auswirkungen des durch die EWG-Assoziierung notwendig gewordenen Abbaus der Präferenzbehandlung innerhalb der Frankenzone auffangen zu können. Das Zuckerabkommen kommt hauptsächlich Madagaskar und Kongo-Brazzaville, den beiden Haupterzeugerländern der OCAM, zugute. Beide können ihren Zucker noch nicht zu Weltmarktpreisen anbieten. Madagaskar benötigt vor allem eine Kompensation für die langen Transportwege, während Kongo-Brazzaville für die 1966 angelaufene zusätzliche Produktion der SOSUNIARI (Société Sucrière du Niari; Jahreskapazität 100 000 t) auf neue Absatzmärkte angewiesen ist. Durch das Abkommen wird Madagaskar und Kongo-Brazzaville von den anderen Mitgliedstaaten ein garantierter Festpreis eingeräumt, der jährlich neu festgesetzt werden soll. Außerdem wurde eine Ausgleichskasse geschaffen. Ihre Finanzierung erfolgt durch die Abgaben, die auf den aus Drittländern importierten Zucker zu entrichten sind. Die Produktion Madagaskars und Kongo-Brazzavilles reicht nämlich noch nicht aus, um den Gesamtbedarf des OCAM-Marktes decken zu können, so daß jedes Jahr erhebliche Mengen aus Drittländern importiert werden müssen.

Nach dem Willen der OCAM-Staaten handelte es sich hier nur um einen ersten Schritt auf dem Weg zu einem gemeinsamen Markt, in den sukzessive auch andere tropische Produkte einbezogen werden sollen. Damit erhofften sie ihrerseits einen Beitrag zur Lösung der Absatzprobleme für tropische Rohstoffe leisten zu können. Darüber hinaus wurden gemeinsame Schritte vereinbart, um auch auf internationaler Ebene den Absatz tropischer Rohstoffe zu angemessenen Preisen zu fördern und generell die Interessen der Mitgliedstaaten gegenüber den Industriestaaten zu vertreten.

Einvernehmen bestand auch über die Fortsetzung der von den Sonderorganisationen geleisteten Arbeit. Lediglich die Beratungen über Fragen der gemeinsamen Verteidigung wurden vertagt.

Als dritter Fragenkomplex wurde in Tananarive die kulturelle Zusammenarbeit behandelt. Hier dominierte das vom senegalesischen Staatspräsidenten Senghor in einer großen Rede vorgetragene Projekt einer „frankophonen Gemeinschaft“. Die Idee war im November 1965 vom tunesischen Staatspräsidenten Habib Bourguiba wohl primär als Beitrag zur Verbesserung der getrübbten Beziehungen Tunesiens zu Frankreich lanciert worden und wurde im Prinzip von der Konferenz gebilligt. Dieser Gemeinschaft sollen nicht nur die OCAM-Staaten, sondern alle französischsprachigen Länder der Welt angehören. Zunächst war an Einrichtungen gedacht, die auf der gemeinsamen Kultur beruhen. Ihnen sollten dann nach der Vorstellung Senghors weitere Bemühungen um die Ausdehnung der Zusammenarbeit im Bereich der wirtschaftlichen und der finanziellen Beziehungen folgen. Die Konferenz beauftragte Senghor und den amtierenden Präsidenten der OCAM, Diori Hamani, die notwendigen Schritte zur Verwirklichung der „Frankophonie“ zu unternehmen.

Durch die Tananarive-Konferenz war für die OCAM ein weites Betätigungsfeld abgesteckt worden, das es zunächst einmal zu gestalten galt. Als die Staatsschefs rund anderthalb Jahre später zur dritten Gipfelkonferenz in Niamey zusammentrafen, war ein entscheidender Schritt zur Konsolidierung ihrer Organisation getan worden: Die Charta war von den gemäß Artikel 22 erforderlichen zwei Dritteln der Unterzeichnerstaaten ratifiziert worden⁷ und damit in Kraft getreten.

Die starke Beteiligung an der Konferenz — mit Ausnahme General Jean-Bedel Bokassas (Zentralafrikanische Republik) waren alle Staatsschefs erschienen — ließ den engen Zusammenhalt der OCAM-Staaten erkennen. Auf der letzten Gipfelkonferenz der Organisation der Afrikanischen Einheit im September 1967 waren vergleichsweise nicht einmal die Hälfte der Mitgliedstaaten durch ihre Staatsschefs vertreten (17 von 38). Da Kongo-Kinshasa seit dem Sturz Tschombes der OCAM gegenüber eine gewisse Zurückhaltung geübt hatte, wurde das Erscheinen General Joseph-Désiré Mobutus durch besondere Aufmerksamkeit honoriert. So beschlossen die Staatsschefs, ihre nächste ordentliche Sitzung im Januar 1969 in Kinshasa abzuhalten. In dieser Atmosphäre gelang es sogar, die wegen der Söldnerfrage zerstrittenen Präsidenten Kongo-Kinshasas und Ruandas an einen Tisch zu bringen; die eigentliche Streitfrage konnte allerdings auch in Niamey nicht geregelt werden. Immerhin wurden die Voraussetzungen für eine spätere Beilegung geschaffen.

Obwohl die Einbeziehung politischer Aufgaben den wesentlichen Anlaß zur Gründung der OCAM abgegeben hatten, standen politische Fragen nicht im Vordergrund der Konferenz. Schon in den Monaten zuvor hatte sich vielmehr gezeigt, daß die in der Charta vorgesehenen außenpolitischen Konsultationen nicht ausreichten, um in jedem Fall ein abgestimmtes Vorgehen zu gewährleisten. Das hatte sich während der Beratungen über die Nahostkrise in der Generalversammlung der Vereinten Nationen besonders deutlich erwiesen. Bei den entscheidenden Abstimmungen waren die OCAM-Staaten in allen Lagern vertreten. Die Zugehörigkeit zu einer gemeinsamen Organisation hatte also bei dieser wichtigen außenpolitischen Entscheidung keine Rolle gespielt. Andererseits war es den neun Staatsschefs der OCAM, die außer acht Kollegen aus anderen afrikanischen Staaten an der letzten Gipfelkonferenz der Organisation der Afrikanischen Einheit in Kinshasa teilnahmen, unter Leitung Diori Hamanis gelungen, erstmalig in diesem Gremium ihre Ansichten weitgehend durchzusetzen. Damit war erneut der Nachweis geliefert worden, daß sie, sofern die Abstimmung im Rahmen der OCAM gelingt, allein schon auf Grund ihrer Zahl über großen Einfluß verfügen. Es war daher sicher kein Zufall, daß in Niamey zum erstenmal auch der Generalsekretär der Organisation der Afrikanischen Einheit, Diallo Telli (Guinea), an einer Konferenz der OCAM teilnahm, der noch 1963 scharf gegen die damalige politische Organisation der frankophonen Staaten, die UAM, Front bezogen hatte⁸. In seiner Rede erkannte er nunmehr ausdrücklich die besondere Verantwortung der OCAM gegenüber den Völkern Afrikas an. Außerdem waren der Exekutivsekretär der UN-Wirtschaftskommission für Afrika sowie offizielle Beobachter Ghanas, Marokkos, Nigerias und Tunesiens vertreten. Sichtbarer konnte die achtunggebietende Position, die sich die OCAM in der kurzen Zeit ihres Bestehens in Afrika zu verschaffen vermochte; nicht zum Ausdruck kommen.

Sie wird daher in der Frage der regionalen Gruppenbildungen in Afrika ein entscheidendes Wort mitzureden haben. So wurde in Niamey vereinbart, auf der bevorstehenden Konferenz über die Gründung einer Westafrikanischen Wirtschafts-

⁷ Die hierfür notwendige Anzahl von zehn Mitgliedstaaten hatte bereits Mitte 1967 ratifiziert.

⁸ *Le Monde*, Paris, 25. 1. 1968.

gemeinschaft in Monrovia gemeinsam vorzugehen („agir de façon concertée“). Diori Hamani ließ aber durchblicken, daß er dieses alle westafrikanischen Staaten umfassende Projekt mit ziemlicher Skepsis betrachtet und auf dieser Ebene im Augenblick allenfalls gemeinsamen Projekten im Verkehrs- und Fernmeldewesen, in der Seuchenbekämpfung und im Studentenaustausch eine Chance gibt. Offensichtlich wurde also diesen regionalpolitischen Fragen nicht die entscheidende Bedeutung beigemessen.

Für die Konferenzteilnehmer standen vielmehr die Beratungen über Wirtschaftsprobleme im Vordergrund. Die Priorität erhielten in diesem Zusammenhang, wie das Schlußkommuniqué erkennen läßt, die Vorbereitungen für die Verhandlungen über die Erneuerung des 1969 auslaufenden Assoziierungsabkommens mit der EWG. Dabei ergaben sich einige interessante Nuancen. Während Diori Hamani als Sprecher der Assoziierten in den vergangenen Monaten die Kritik am laufenden Yaoundé-Abkommen und generell an den Industrieländern in den Vordergrund gerückt hatte, betonte die Konferenz das grundsätzliche Interesse an einer Erneuerung des Abkommens. Erst an zweiter Stelle folgten die Kritik am bisherigen Assoziierungsverhältnis und der Wunsch nach einem Abkommen, das den entwicklungspolitischen Notwendigkeiten in den afrikanischen Staaten besser Rechnung trägt. Besondere Sorgfalt galt den organisatorischen Vorbereitungen. Auf nationaler Ebene wurde die Bildung von Sonderausschüssen beschlossen, deren Arbeitsergebnisse auf einer außerordentlichen Sitzung des Koordinierungsrates so aufeinander abgestimmt werden sollen, daß die OCAM mit einer gemeinsamen Verhandlungsposition in die Gespräche mit der EWG eintreten kann. Um die Kontinuität der Verhandlungsführung zu gewährleisten, wurde die Amtszeit des amtierenden Präsidenten bis zum Abschluß des neuen Abkommens verlängert. Hierin kam zugleich das besondere Vertrauen zum Ausdruck, das sich der Staatspräsident Nigers durch seine bisherige Amtsführung erworben hat.

Die Arbeit des Europäischen Entwicklungsfonds fand uneingeschränkte Anerkennung. Gleichwohl setzte sich Hamani für eine differenziertere Verteilung der Kapitalhilfe ein. Unter Berufung auf parallele Überlegungen der französischen Regierung schlug er vor, den Entwicklungsstand des jeweiligen Nehmerlandes als Kriterium zu wählen und drei Kategorien von Ländern zu bilden, denen jeweils bestimmte Formen der Kapitalhilfe zugeordnet werden sollten. Staaten, die wie die Elfenbeinküste oder Gabun bereits die Schwelle eigenständigen Wachstums erreicht haben, würden dann nur noch langfristige Kredite erhalten. Der mittleren Gruppe sollte die Hilfe zum Teil in Form von Krediten, im übrigen aber in Form von Subventionen gewährt werden, während die am meisten benachteiligten Staaten allein durch Subventionen gefördert würden. Formelle Beschlüsse wurden in dieser Frage jedoch nicht gefaßt.

Für die Zweite Welthandelskonferenz in Neu-Delhi wurde ebenfalls eine gemeinsame Marschroute festgelegt. Nach dem Willen der Staatshäupter sollen sich die Mitgliedstaaten strikt an die Bestimmungen der in Algier im vergangenen Oktober unterzeichneten Charta der wirtschaftlichen Rechte der Dritten Welt („Charta der 77“) halten und die damals hergestellte Einheitsfront der Entwicklungsländer wahren. Diori Hamani kündigte an, daß sich die OCAM-Staaten für den Abschluß internationaler Rohstoffabkommen einsetzen werden und gab gleichzeitig zu verstehen, daß sie unter keinen Umständen auf die von der EWG auf dem europäischen Markt eingeräumten Präferenzen verzichten werden. Damit wiederholte er die Auffassung, der die Assoziierten bereits auf der Ersten Welthandelskonferenz in Genf Anerkennung verschafft hatten.

Routinemäßig hörten die Staatschefs die Geschäftsberichte der wirtschaftlichen und technischen Sonderorganisationen der OCAM (Zuckerabkommen, Air Afrique, UAMPT) und prüften die Frage, wie eine bessere Abwicklung des Zuckerabkommens sichergestellt werden könne. Im ersten (Rumpf-)Geschäftsjahr (1. 10. 1966 bis 31. 5. 1967) war es Madagaskar und Kongo-Brazzaville bei einer Produktion von 79 000 t bzw. 32 000 t gelungen, etwa 35 000 t Zucker auf dem OCAM-Markt abzusetzen⁹, was bei dem im allgemeinen nur schwach entwickelten Handel zwischen afrikanischen Staaten schon eine beachtliche Leistung darstellt. Für das volle Geschäftsjahr 1967/68 wurde die Quote für beide Staaten auf je 52 000 t heraufgesetzt und die Bezüge aus dritten Ländern auf 30 Prozent des Gesamtbedarfs begrenzt. Andererseits wurde bereits auf der Sitzung des Rates des Gemeinsamen Zuckermarktes im Mai 1967 festgestellt, daß nur ein Teil der Mitgliedstaaten die Abgaben termingemäß an die Ausgleichskasse abführte. Immerhin wurde zugesagt, daß die fälligen Beträge bis Oktober 1967 entrichtet werden sollten. Nur Obervolta und Togo hatten gegen die finanziellen Verpflichtungen aus diesem Abkommen Einspruch erhoben. In seiner Pressekonferenz am Ende der Niamey-Konferenz deutete Hamani an, daß noch immer „gewisse Schwierigkeiten“ bestehen. Aber nur Dahomey und Togo stießen wegen der ungünstigen Finanzlage bzw. wegen der Freihandelspolitik auf ernsthafte Zahlungsschwierigkeiten. Außerdem ist darauf hinzuweisen, daß einige Mitgliedstaaten die Zuckerproduktion energisch ausweiten. Das gilt insbesondere für Kamerun, das gerade eine eigene Zuckerraffinerie in Betrieb genommen hat und schon in absehbarer Zeit seinen Bedarf selber decken wird.

Ferner wurde im Prinzip beschlossen, im Rahmen der OCAM auch eine gemeinsame Fleischmarktordnung zu schaffen. Weitere Überlegungen galten der Koordinierung zwischen der Air Afrique, der Air Congo und der Air Madagascar. Der UAMPT wurde der Bau ihres Verwaltungsgebäudes in Brazzaville bewilligt. Über das schon seit langem diskutierte Projekt einer gemeinsamen Presseagentur der OCAM-Staaten konnte dagegen auch diesmal keine Einigkeit erzielt werden. So wurde die Bildung eines Sonderausschusses beschlossen, der mit weiteren Studien beauftragt werden soll. Über die gemeinsame Erörterung von Verteidigungsfragen ist dagegen nichts bekannt geworden. Die 1967 und 1968 durchgeführten kombinierten Manöver französischer Eingreifverbände mit den nationalen Streitkräften Tschads, der Elfenbeinküste und Nigers scheinen vielmehr eine Verlagerung dieses Problems auf die bilaterale Ebene anzudeuten.

Wie auf der Tananarive-Konferenz konzentrierte sich auch in Niamey die Diskussion über kulturelle Zusammenarbeit auf das Thema der „Frankophonie“. Das Schlußkommuniqué ist hier sehr allgemein gehalten und spricht nur davon, daß der amtierende Präsident über die Missionen, die er auftragsgemäß übernommen hatte, Bericht erstattete. Im übrigen wurde er beauftragt, diese Kontakte auch weiterhin zu pflegen, um so zu einer besseren Organisation der „Frankophonie“ beizutragen. Gleich nach der Tananarive-Konferenz hatte Diori Hamani die Maghreb-Staaten unterrichtet und verständlicherweise die volle Unterstützung Tunesiens gefunden. In Algerien und Marokko — beides Staaten, die sich stärker der arabischen Kultur verbunden fühlen — war er dagegen auf mehr oder weniger deutliche Ablehnung gestoßen. Auch Mauretanien zeigte sich reserviert, während Guinea das Projekt rundheraus ablehnte und selbst Mitgliedstaaten der OCAM wie Kamerun bisher wenig Begeisterung aufbrachten. Um jeglichen Verdacht

⁹ Vgl. u. a. Bulletin de l'Afrique noire, Nr. 465, Paris, 31. 5. 1967, S. 9394.

„neokolonialistischer Manöver“ von vornherein zu entkräften, hat auch die französische Regierung bisher vorsichtige Zurückhaltung gewahrt. Einen aufschlußreichen Einblick in die französischen Vorstellungen gab der ehemalige Staatssekretär im Außenministerium, Jean de Broglie. Er empfahl im Juli 1967 in einem Interview, „einen Kompromiß zwischen politischer Konferenz und moralischer Kraft“ anzustreben¹⁰. Dementsprechend würde die „frankophone Gemeinschaft“ eine Institution sein, die ihren Zielsetzungen nach zwischen der Arabischen Liga und der UNESCO einzuordnen sei. Zunächst ginge es allerdings darum, weitere Institutionen in der Art der frankophonen Interparlamentarischen Union, Journalistenunion und Jugendorganisation zu schaffen. Dadurch würden dann die Regierungen gezwungen, weitergehende Schritte zu unternehmen; denn, so ergänzte er einige Monate später, die „Frankophonie“ wird letztlich politisch sein, oder sie wird nicht sein.

Inzwischen konnten bei der Institutionalisierung der „frankophonen Gemeinschaft“ gewisse Fortschritte erzielt werden. In Frankreich entstanden koordinierende Organisationen wie das Haut Comité pour la défense et d'expansion de la langue française, die Association internationale des parlementaires francophones und die Association de solidarité francophone. Von der seit acht Jahren stattfindenden Konferenz der Erziehungsminister der afrikanischen Staaten und Madagaskars, die zuletzt im Februar 1968 in Libreville zusammentrat, wurde die Gründung zweier ständiger Organe beschlossen, und zwar des Ständigen Technischen Sekretariats mit Sitz in Dakar sowie des Conseil africain et malgache de l'enseignement supérieur (CAMES) mit Sitz in Ouagadougou. Ende April oder Anfang Mai ist eine Sitzung der europäischen Kollegen in Paris vorgesehen, der dann im Herbst die erweiterte Konferenz der Erziehungsminister der frankophonen Staaten in Niamey folgen soll. Weltweite Beachtung fand in diesem Zusammenhang bisher allein der spektakuläre Auftritt General de Gaulles in Quebec, der die Interessen der frankophonen Staaten Afrikas jedoch nur am Rande berührte¹¹. Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, wurde im Schlußkommuniqué der Niamey-Konferenz noch einmal hervorgehoben, daß in den Beratungen die „Frankophonie“ nur als Instrument der kulturellen, wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit behandelt worden sei. Trotz aller Bemühungen ist noch nicht klar zu erkennen, welcher Erfolg diesem Projekt beschieden sein wird. Den bisherigen Erfahrungen ist nur zu entnehmen, daß die Ausrichtung der OCAM auf den frankophonen Raum mit Nachdruck betrieben wird. Unter diesen Umständen ist die der Satzung nach an sich mögliche Aufnahme englischsprachiger afrikanischer Staaten bisher unterblieben. Gewisse Ansätze hatten sich zwar auf der Tananarive-Konferenz ergeben, als auch der Vizepräsident Kenias in der madegassischen Hauptstadt weilte. Sie wurden aber nicht weiter verfolgt. Ob die Bemühungen des neuen Regimes in Ghana, das in Niamey durch einen Beobachter vertreten war, erfolgreicher verlaufen werden, wird sich erst noch erweisen müssen.

Schließlich wandte sich die Konferenz noch den Jugendproblemen zu. Auch in dieser Frage ist dem Schlußkommuniqué nicht sehr viel zu entnehmen. Hierin begrüßten die Staatshäupter das Wiederentstehen der Panafrikanischen Jugendbewegung und beschlossen, der Jugend ihrer Länder dabei zu helfen, mit ihrem Handeln bewußt der Entwicklung und dem Fortschritt ihrer Völker zu dienen.

¹⁰ Jeune Afrique, Nr. 341, Paris/Tunis, 23. 7. 1967, S. 21. Le Monde, Paris, 5. 11. 1967 — cf. Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 28. 1. 1968.

¹¹ Wegen der Einladung des Erziehungsministers der Provinz Quebec zur Libreville-Konferenz kam es zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Kanada und Gabun. Näheres vgl. Le Monde, Paris, 6. 3. 1968 und 8. 3. 1968.

Die erst 1967 gebildete Studentenbewegung der OCAM, das *Mouvement des étudiants de l'organisation commune africaine et malgache* (MEOCAM), das erst kürzlich seine erste Jahrestagung in Paris veranstaltete, wird dagegen erstaunlicherweise mit keinem Wort erwähnt, obwohl seine Gründung gegen den leidenschaftlichen Widerstand der seit 22 Jahren in Paris bestehenden radikalen *Fédération des étudiants d'Afrique noire en France* (FEANF) durchgesetzt worden war. Nach Meinung gut informierter Beobachter ist das vor allem darauf zurückzuführen, daß eine Reihe führender Politiker der OCAM-Staaten selber einmal FEANF-Mitglieder waren oder ihr nahestanden.

Im Unterschied zum Präsidenten der OCAM wurde Generalsekretär Dieng nicht in seinem Amt bestätigt. Präsident Senghor erhielt die Aufgabe, einen Nachfolger zu benennen. Dieser Schritt soll mit persönlichen Differenzen zwischen den beiden führenden Männern der OCAM und mit der zu aufwendigen Geschäftsführung Diengs zusammenhängen. Mit der Nachfolge wurde im Februar der senegalesische Diplomat Kane Falilou betraut.

Ausblick

Die Ergebnisse der Niamey-Konferenz zeigen, daß sich die OCAM in den zwei Jahren ihres Bestehens weitgehend konsolidiert hat. Angesichts des raschen politischen Wandels hat sie allein dadurch schon als stabilisierendes Element der afrikanischen Politik gewirkt. Die letzte Gipfelkonferenz der Organisation der Afrikanischen Einheit bewies, daß sich die OCAM damit zugleich einen entscheidenden Einfluß sichern konnte, den der Generalsekretär dieser gesamtafrikanischen Organisation durch seine Anwesenheit in Niamey anerkannte. Wer sich daran erinnert, daß die UAM wegen ihrer Unvereinbarkeit mit den Zielsetzungen der Organisation der Afrikanischen Einheit 1964 aufgelöst werden mußte, ermißt den politischen Wandel, dem Afrika inzwischen unterworfen war. Der Zwischenfall nach der Pressekonferenz Diallo Tellis und die umstrittene Israel-Resolution der 10. Ministerkonferenz der Organisation der Afrikanischen Einheit wiesen allerdings darauf hin, daß von einem engen Einvernehmen zwischen beiden Organisationen trotzdem nicht die Rede sein kann¹².

Die Vielfältigkeit der in Niamey behandelten Themen läßt erkennen, daß die OCAM nicht nur ihrer Satzung, sondern auch ihrer Praxis nach eine zwischenstaatliche Organisation eigener Art ist. Das Selbstverständnis der OCAM umriß Staatssekretär Abdou Sidikou, Niger, mit den Worten, daß sie sich zum Ziel gesetzt habe, „weder eine überstaatliche Organisation noch ein Staatenbund zu sein, sondern lediglich eine Gemeinschaft zu bilden, die das Ziel verfolge, die Kooperation und Solidarität zu fördern“¹³.

Die von Präsident Houphouët-Boigny betriebene politische Ausrichtung der OCAM gewann nicht, wie im einzelnen ausgeführt wurde, die ursprünglich erwartete Bedeutung. Das lag im wesentlichen an den mittlerweile auf der Gegenseite eingetretenen Veränderungen. Durch den Sturz des ghanaischen Präsidenten Kwame Nkrumah wurde der Elan des „revolutionären“ Afrika zunächst gebrochen. Mali befindet sich schon seit Monaten auf dem Wege zur vollen Reintegration in

¹² T. hatte in scharfen Worten u. a. zum Söldnerproblem, zur Rhodesienfrage und zu den Kämpfen in Nigeria Stellung bezogen und wurde deshalb von Hamani zurechtgewiesen. Vgl. *Le Monde*, Paris, 25. 1. 1968, und *Marchés Tropicaux* Nr. 1159, Paris, 27. 1. 1968, S. 163. Näheres zur Israel-Resolution vgl. *Le Monde*, Paris, 28. 2. 1968, *Afrique Nouvelle* Nr. 1074, Dakar, 7.—13. 3. 1968, S. 3.

¹³ *Neue Zürcher Zeitung*, Zürich, 17. 1. 1968.

die Frankenzonen und das revolutionäre Regime Guineas ist damit beschäftigt, die Folgen einer verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik zu überwinden. Zwei der verbleibenden Gegner der OCAM sind somit in die Defensive gedrängt und die OCAM-Staaten derzeit des Drucks zu koordiniertem außenpolitischen Handeln weitgehend enthoben worden.

Außerdem darf der harmonische Verlauf der Niamey-Konferenz nicht über die in einigen Fällen starken politischen Divergenzen zwischen den Mitgliedstaaten hinwegtäuschen. Das gilt einmal generell für die Spannungen zwischen den zivilen Regierungen und den neuen Militärregimes in manchen Staaten. Andererseits ist in der OCAM das ganze Spektrum von „liberalen“ über „sozialdemokratische“ bis hin zu „wissenschaftlich-sozialistischen“ Regimes vertreten. Dazu kommen noch bilaterale Differenzen, wie zuletzt diejenigen, die durch Partisanenüberfälle aus kongolesischem Gebiet auf Südostkamerun zwischen Kamerun und Kongo-Brazzaville ausgelöst, aber dank der Regierungsumbildung in Kongo und der allgemeinen Entwicklung in Zentralafrika (s. u.) inzwischen wieder etwas entschärft werden konnten. Unter diesen Umständen spielt die wirtschaftliche und die technische Zusammenarbeit im Rahmen der OCAM nach wie vor die größte Rolle. Gerade auf der Niamey-Konferenz zeigte sich die Bedeutung, die die OCAM als koordinierendes Gremium für internationale Verhandlungen gewinnen kann. Offensichtlich wurde dabei den bevorstehenden Verhandlungen über das neue Assoziierungsabkommen mit der EWG der Vorrang eingeräumt. Interessante Ansatzpunkte bieten die beiden Marktordnungen, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil in diesem Zusammenhang auch an die Nutzung der Komplementarität zwischen feuchten Gebieten (Zucker) und trockenen Gebieten (Fleisch) gedacht ist. Wie sich bereits beim Zuckerabkommen gezeigt hat und wie sich beim Fleischabkommen noch stärker zeigen wird, sind hierbei aber große Schwierigkeiten zu überwinden. Beim Fleischabkommen gilt es u. a. nomadische Viehzüchter in den rationalen Ablauf einer Marktordnung einzubeziehen. Von den Sonderorganisationen haben die UAMPT, die OAMPI sowie vor allem die Air Afrique ihre Bewährungsprobe bereits bestanden.

Bei der satzungsgemäß vorgesehenen Koordinierung der Entwicklungsprogramme wurden dagegen anscheinend noch keine Fortschritte erzielt. Wie vorher die UAMCE und OAMCE wird hier auch die OCAM auf Grenzen stoßen, die ihr durch die geographische Lage der Mitgliedstaaten und das Vorhandensein besonderer Regionalorganisationen gezogen sind. Inzwischen bestehen bereits mehr als zehn derartige Organisationen, die innerhalb der OCAM oder mit Staaten außerhalb der OCAM gebildet wurden oder im Entstehen begriffen sind¹⁴. Hinzu kommen die zahlreichen von der UN-Wirtschaftskommission für Afrika ausgearbeiteten Vorschläge zur Förderung der Integration in Afrika. Daraus läßt sich erkennen, daß eine Koordinierung der Entwicklungsprogramme allenfalls in Zusam-

¹⁴ Am weitesten entwickelt ist unter ihnen die Union Douanière et Economique de l'Afrique Centrale (Gabun, Kamerun, Kongo-Brazzaville, Tschad, Zentralafrikanische Republik), deren Mitgliedstaaten auch eine Währungsunion innerhalb der Frankenzonen bilden. In Westafrika verfügt der Conseil de l'Entente (Dahomey, Elfenbeinküste, Niger, Obervolta, Togo) über die festesten Strukturen, während die Union Douanière des Etats de l'Afrique de l'Ouest (Dahomey, Elfenbeinküste, Mali, Mauretanien, Niger, Obervolta, Senegal) noch immer mit internen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Dahomey, Elfenbeinküste, Mauretanien, Niger, Obervolta, Senegal und Togo sind auch noch in der Union Monétaire Ouest-Africaine, einer Währungsunion innerhalb der Frankenzonen, zusammengefaßt. Außerdem bestehen vielfältige vertragliche Bindungen mit afrikanischen Regionalorganisationen außerhalb der OCAM. Hierunter fallen u. a. die drei „Gewässer-Konventionen“ in Westafrika: Die Commission du Bassin Tchadien (Kamerun, Niger, Nigeria, Tschad); die Commission du Fleuve Niger (Dahomey, Elfenbeinküste, Guinea, Kamerun, Mali, Niger, Nigeria, Obervolta, Tschad) und das Comité Inter-Etats Pour l'Aménagement du Bassin du Fleuve Sénégal (Guinea, Mali, Mauretanien, Senegal), aus dem durch Beschluß der Dakar-Konferenz vom 13.—17. 2. 1968 die Organisation des Etats Riverains du Fleuve Sénégal hervorgegangen ist, deren Statut durch die Staatshauptkonferenz von Labé, Guinea, am 22. 3. 1968 gebilligt wurde. Weiter wären hier die bilateralen Abmachungen zwischen Senegal und Gambia sowie zwischen Ghana und Obervolta zu nennen.

menarbeit mit diesen regionalen Institutionen erreichbar ist. Bis jetzt verfügt die OCAM aber noch nicht über den Apparat, um hier Initiative entfalten zu können.

Die bisherige Entwicklung der OCAM ist eindeutig durch die enge Bindung an Frankreich geprägt worden. Sie ist nicht allein mit der starken Abhängigkeit von der ehemaligen Kolonialmacht zu erklären, sondern entsprach auch in gewissem Umfang den Wünschen eines wesentlichen Teiles der neuen Führungsschichten, für die die französische Sprache und Kultur ein unentbehrlicher Teil ihres Lebens geworden sind. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß die OCAM mit ihrer starken Position in der afrikanischen Politik und mit ihren weitverästelten Beziehungen zu anderen afrikanischen Staaten ein reizvolles Instrument für die französische Afrikapolitik ist. Die unterschiedliche Haltung der OCAM-Staaten gegenüber Israel und Peking zeigte jedoch, daß es verfehlt wäre, die OCAM gewissermaßen als Erfüllungsgehilfen der französischen Afrikapolitik zu bezeichnen. Nur so ist die bisherige französische Zurückhaltung in der Frage der „frankophonen Gemeinschaft“ zu verstehen. Die geringen Fortschritte, die bei der Etablierung der „Frankophonie“ erzielt werden konnten, dürfen aber nicht dazu führen, die engen Bande, die dank der Existenz der Frankenzonen, der engen handelspolitischen Verflechtungen und der großzügigen technischen und finanziellen Hilfe immer noch mit Frankreich bestehen, zu unterschätzen.

Die durch die Teilnahme General Mobutus an der Niamey-Konferenz zum Ausdruck gebrachte Aktivierung der Mitgliedschaft Kongo-Kinshasas leitete eine neue Phase in der Entwicklung der afrikanisch-madegassischen Organisationen ein. Die OCAM hat dadurch neue Dimensionen gewonnen. Das gilt einmal in quantitativer Beziehung. Mit seinen etwa 15,5 Millionen Menschen hat Kongo allein rund die Hälfte der Einwohner aller elf west- und äquatorialafrikanischen Mitgliedstaaten der OCAM zusammengekommen. Außerdem verfügt es mit Abstand über das größte Wirtschaftspotential, so daß die OCAM in Afrika wesentlich an Bedeutung gewonnen hat. Im übrigen wird die Zusammenarbeit Kongo-Kinshasas mit den anderen OCAM-Staaten durch die französische Amtssprache des Landes zweifellos erleichtert. Andererseits ist hervorzuheben, daß Kongo-Kinshasa ein Staat belgischer Prägung ist, der zudem seit einiger Zeit stark von den USA beeinflußt wird. Angesichts der weltpolitischen Spannungen zwischen Frankreich und den USA könnten sich hieraus durchaus schwierige Probleme für den Zusammenhalt der OCAM ergeben. Sie entstehen einmal aus der Größe des Landes, das, wie Außenminister Bomboko in Niamey ausführte, „Etat-charnière“ zwischen West- und Ostafrika bleiben wolle und auch weiterhin zu den Staaten der Ostafrikanischen Gemeinschaft in engen Beziehungen steht. Zum anderen sorgte Mobutu schon kurz nach der Niamey-Konferenz für einen handfesten Eklat.

Auf dem Rückweg hatte der kongolesische Staatschef nach einem Staatsbesuch in der Elfenbeinküste auch in der Zentralafrikanischen Republik Station gemacht und zusammen mit den Präsidenten Bokassa, ZAR, und François Tombalbaye, Tschad, am 1. 2. 1968 einen Vertrag über die Gründung der *Etats Unis de l'Afrique Centrale* unterzeichnet. Den begleitenden Erklärungen war zu entnehmen, daß auch Kongo-Brazzaville, Ruanda und Burundi zum Beitritt aufgefordert werden sollten. Man berief sich u. a. auf die von Barthélemy Boganda 1958 lancierte Idee der Vereinigten Staaten von Lateinamerika und die Gründung der Union der Zentralafrikanischen Republiken, die aber keine praktische Bedeutung erlangt hat¹⁵. Da die

¹⁵ Näheres vgl. Strauch, S. 193 ff.

mit Tschad und der Zentralafrikanischen Republik durch den UDEAC-Vertrag eng verbundenen Staaten Gabun, Kamerun und Kongo-Brazzaville nach übereinstimmenden Berichten vorher nicht einmal konsultiert wurden, hat dieser einseitige Akt allenthalben große Überraschung ausgelöst. Sie war um so größer, als erst im Dezember 1967 die ordentliche Staatsschefs-Konferenz der UDEAC in Bangui mit großem Erfolg stattgefunden hatte und alle beteiligten Staatsschefs mit Ausnahme Bokassas sich gerade erst auf der Niamey-Konferenz gesehen hatten. Dementsprechend verwahrte sich Gabun aufs schärfste gegen ein derartiges, internationales Gepflogenheiten eklatant widersprechendes Vorgehen, während Kamerun und Kongo-Brazzaville ebenfalls ablehnende bzw. dilatorische Stellungnahmen abgaben. Inzwischen haben sich die Staatspräsidenten Gabuns und Kameruns auf der Konferenz von Ngaoundéré am 22. bis 24. 3. 1968 über ein gemeinsames Verhalten gegenüber der neuen Union geeinigt, während die Staatspräsidenten Kongo-Kinshasas, Tschads und der Zentralafrikanischen Republik am 2. 4. 1968 in Fort-Lamy die Charta der Vereinigten Staaten von Zentralafrika unterzeichneten. Bereits zwei Tage später wurden sie in die Zentralafrikanische Staatenunion umbenannt, um jegliche Gedankenassoziation mit den USA zu vermeiden. Auch wenn der Initiative Mobutus kein Erfolg beschieden sein sollte, so hat sein merkwürdiges Verfahren doch erhebliches Mißtrauen geweckt, das sich auf die Entwicklung von Organisationen wie die UDEAC unter Umständen ungünstig auswirken kann¹⁶. Damit ist durch das eigenwillige Vorgehen des kongolesischen Staatsschefs nachträglich auch auf die erfolgreiche OCAM-Konferenz von Niamey ein Schatten gefallen. Da für Tschad und die Zentralafrikanische Republik gewichtige Interessen in der UDEAC, darunter der Finanzausgleich im Rahmen des Solidaritätsfonds, auf dem Spiel stehen und beide Staaten im Verkehrsverbund der äquatorialafrikanischen Staaten begünstigt werden, besteht die Aussicht, daß die Beteiligten wie in der Söldnerfrage eine ausgleichende Regelung finden werden. Hier wäre die OCAM wie keine andere Organisation qualifiziert, die Schiedsfunktion zu übernehmen.

HARALD VOSS

¹⁶ Die bisherigen Bemühungen um engere Zusammenarbeit Kongo-Kinshasas mit den UDEAC-Staaten, die vor allem durch das von der UN-Wirtschaftskommission für Afrika ausgearbeitete Projekt einer Zentralafrikanischen Subregion gefördert wurden, sind bisher nicht zuletzt an der unterschiedlichen Zollpolitik gescheitert. Während die UDEAC den sechs EWG-Staaten und den OAMCE(!)-Staaten wesentliche Zollbegünstigungen einräumt, trifft dritte Staaten, darunter auch Kongo-Kinshasa, die volle Höhe des allgemeinen Zolls tarifs. Durch den Abbau dieser Präferenzen würden außer der Industrie Kongo-Kinshasas gerade auch amerikanische Interessen begünstigt, während die Industriebetriebe der UDEAC und vor allem französische Interessen Nachteile zu gewärtigen hätten.